„Unruhe" über Arzts Ruhestand

Zu der neuerdings entstandenen Pressefehde über den Fall Arzt, dessen Versetzung in den einstweiligen Ruhestand der sozialistischen Presse nicht in den Kopf will, nimmt die angegriffene Regierung in folgender Aeußerung Stellung:

„Die Sächsische Republikanische Korrespondenz beschäftigt sich in einer am 4. d. M. in der sozialistischen Presse unter der Ueberschrift: „Eine falsche Berichtigung" erschienenen Notiz mit der vom Ministerpräsidenten Heldt der „Volkszeitung" für das Vogtland übersandten Berichtigung. In dieser heißt es, „daß in Wahrheit Arzts Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nicht nur mit seinem eigenen Einverständnis erfolgt ist, sondern daß sie durchaus seiner Auffassung entspricht, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein gedeihliches Arbeiten in seinem Amte ausgeschlossen ist." Die Sächs. Republ. Korrespondenz bemerkt hierzu: „Auf Anfrage erfahren wir vom Genossen Arzt, daß die Berichtigung des Ministerpräsidenten unrichtig ist."

Wenn Herr Arzt tatsächlich die Sächs. Republ. Korrespondenz in diesem Sinne informiert hat, so ist er von dem Boden der Tatsachen wesentlich abgewichen. Der Gang der Dinge ist in Wirklichkeit folgender gewesen: Dem Bezirksschulrat Arzt ist vom Ministerium für Volksbildung gemäß § 19 des Zivilstaatsdienergesetzes von 1835 mitgeteilt worden, daß seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand beabsichtigt sei. Darauf hat Arzt unterm 20. Juli 1925 seine Gegengründe geltend gemacht und gegen seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand Verwahrung eingelegt. Dieser im geordneten Verfahren durchgeführte Schriftwechsel ist aber durch folgende Vorgänge überholt worden: Nachdem vom Volksbildungsministerium die Akten an das Gesamtministerium gegeben worden waren, hat der Ministerpräsident einen Vertrauensmann der Berufsorganisation, der Arzt angehört, ersucht, mit Arzt zu verhandeln, damit eine befriedigende Lösung der ganzen Angelegenheit herbeigeführt werde.

Die erste Besprechung mit dem Vertrauensmann führte dazu, daß Arzt sich mit seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand einverstanden erklären wollte, wenn ihm die folgende von ihm selbst formulierte Erklärung gegeben würde:

„Das Disziplinarverfahren in 2 Instanzen hat mit einem Freispruch geendet. Bezirksschulrat Arzt glaubt aber, daß auf Grund der gegen ihn entfalteten Hetze das Vertrauen gewisser Volkskreise stark beeinträchtigt worden sei. Er ist deshalb der Meinung, von einer Weiterführung seines Amtes als Bezirksschulrat Abstand nehmen zu müssen. Das Ministerium kann sich diesen Gründen nicht verschließen und ordnet daher seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand an."

Als dem Ministerpräsidenten diese Erklärung vorgelegt wurde, äußerte er beamtenrechtliche Bedenken gegen diese Fassung und empfahl eine Formulierung, die zum Ausdruck bringt, daß die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand auf Initiative der Regierung erfolgte. Es fand daraufhin eine zweite Aussprache des erwähnten Vertrauensmannes mit Arzt statt. Auch Arzt mußte die Berechtigung der vom Ministerpräsidenten vorgebrachten Bedenken anerkennen und stimmte einer anderen, in der Sache übereinstimmenden Fassung zu.

Damit hat Arzt sein Einverständnis mit seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand in einwandfreier Weise zu erkennen gegeben, kann also jetzt nicht das Gegenteil behaupten.

Am 18. Dezember 1925 ist darauf vom Gesamtministerium die Versetzung Arzts in den einstweiligen Ruhestand im Sinne der letzten Erklärung beschlossen worden.

Damit ist einwandfrei festgestellt, daß von einer Maßregelung Arzts keine Rede sein kann, daß es vielmehr das Bestreben nicht nur der sozialistischen Minister, sondern der gesamten sächsischen Regierung war, den Fall Arzt jedes politischen Charakters zu entkleiden. Die Berichtigung des Ministerpräsidenten entspricht also in jeder Hinsicht den Tatsachen, und alle von der Presse daran geknüpften gegenteiligen Behauptungen sind hinfällig."

Die Falschmünzer-Affaire in Ungarn

Der politische Hintergrund

Budapest, 5. Januar. In Ungarn war man dieser Tage Falschmünzern französischer Tausend-Frank-Noten auf die Spur gekommen. Im Verlaufe der Untersuchung wurde u. a. Prinz Ludwig Windisch-Grätz verhaftet, der einer faschistischen Rechtsorganisation angehörig, die Banknotenfälschung aus patriotischen Beweggründen eingeleitet haben soll. Im Verlaufe der Untersuchung sind der stark aufgebotenen Kriminalpolizei im Laufe des gestrigen Tages schwerbelastende Beweise in die Hände gelangt gegen Prinz Ludwig Windischgrätz und seine bisher unbekannten Genossen. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hat der Minister des Innern den Landespolizeichef Nadosy von seinem Amte suspendiert und gegen ihn die Disziplinaruntersuchung wegen in seiner Amtstätigkeit begangener Unterlassungen angeordnet.

Neuerdings wurde von der Polizei festgestellt, daß der verhaftete Prinz Windischgrätz, der früher als Majoratsherr über sehr große Ländereien verfügte, infolge Spielschulden gänzlich verarmt ist. Es wird daher auch vermutet, daß materielle Beweggründe für die Fälschungen mitvorhanden waren. Man glaubt, daß sich rechtsgerichtete Politiker nur in die Fälscheraffäre haben verwickeln lassen, um so durch die Unterbringung falscher Frankennoten möglichst schnell einen großen Propagandafonds für ihre Bestrebungen zu schaffen.

*

Hamburg, 4. Jan. Die Hamburger Kriminalpolizei verhaftete auf dem hier eingetroffenen Dampfer Leo einen Mann, der sich Eduard von Olchvary nennt. Er gab an, er sei im Jahre 1896 in Serbien geboren. Die Verhaftung erfolgte auf Ersuchen der französischen Polizei, die eigens einen Beamten nach Hamburg entsandt hatte. Bei dem Verhafteten wurden über hundert gefälschte Tausend-Francs-Noten gefunden. Man nimmt an, daß der Festgenommene mit den ungarischen Frankenfälschern in Verbindung steht.

hotel
Fürstenhof · Leipzig
hotel der Leipzig besuchenden Katholiken
Alle Zimmer mit Kalt- und Warmwasser

Vor wichtigen Entscheidungen

Die nächsten Tage stellen die Parteien des Reichstages vor äußerst wichtige Entscheidungen. Es gilt der Regierungskrise ein Ende zu bereiten. Die Versuche, die im Dezember gemacht worden sind, die Regierungskrise durch Gründung einer neuen Großen Koalition zu beenden, sind bisher völlig fehlgeschlagen. Außer den bürgerlichen Parteien der Mitte haben die Parteien rechts und links heute nicht mehr den Mut zur Verantwortung. Es ist das alte Leid, von dem Deutschland seit längerer Zeit schon heimgesucht wird, nämlich, daß die Parteien wohl die Fähigkeit haben, eine Regierung zu stürzen, aber nicht die Fähigkeit und den Mut besitzen, in die von ihnen geschlagene politische Bresche zu springen.

Bisher hat sich die Bildung der Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition als aussichtslos erwiesen. Trotzdem wird vom Zentrum in den nächsten Tagen mit aller Macht erneut der Versuch gemacht werden, diese Große Koalition zustande zu bringen. Mit welchem Erfolg, läßt sich heute noch nicht ohne weiteres voraussagen, denn auch in der sozialdemokratischen Partei mehren sich die Stimmen, die realpolitisches Handeln und Paktieren vorzuziehen bereit sind.

Das geht aus den Auslassungen hervor, die der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann Ende Dezember im „Kasseler Volksblatt" veröffentlichte. Er betonte dabei unter anderem, daß von einer Einheitlichkeit der Partei in dieser Frage keine Rede sein könne, weil die Frage noch nicht diskutiert worden ist. Wenn die Sozialdemokratie, so schrieb er weiter, sich nicht von Anfang an an der Regierung beteiligt, so muß sie den schärfsten Kampf gegen die Regierung schon an dem Tage beginnen, an dem sie sich dem Reichstage vorstellt und um sein Vertrauen wirbt." Ein Tolerieren der sozialistisch-reinen Regierung jetzt nach den gescheiterten Verhandlungen kann für die sozialdemokratische Partei nicht in Betracht kommen; denn praktisch liegen die Dinge doch so: Die sozialdemokratische Partei hat sich nach den gescheiterten Besprechungen geweigert, an einer Koalitionsregierung teilzunehmen, zu der sie namentlich der Deutschen Volkspartei wegen kein Vertrauen hat. Könnte sie nun, unbeteiligt an dieser Regierung, dieser dennoch das Vertrauen aussprechen, um ihren sofortigen Sturz zu verhindern? Ein Hohngelächter, wenn nicht Schlimmeres würde aus den Reihen der Partei erschallen! Natürlich kann es zwangläufige Situationen geben, die jede republikanische Partei zwingen würden, eine Regierung, zu der man zwar kein Vertrauen hat, dennoch zu retten, um noch Schlimmeres zu verhüten. Deshalb muß man die Frage nach dem kleineren Uebel immer gründlich erörtern. Man kann einer Regierung, die man nicht mag, trotzdem „technische Nothilfe" leisten durch Stimmenthaltung oder dadurch, daß eine Formulierung des Vertrauensvotums gewählt wird, die so aussieht, „als ob", die aber in Wirklichkeit nicht gehauen und nicht gestochen ist. Parteien, die die zwischen Koalition und Opposition mögliche Pendelpolitik treiben, werden für die Regierungspolitik nicht verantwortlich gemacht, obgleich sie keinen Einfluß darauf haben. Braucht nebenbei gesagt die Regierung die Partei zu fürchten, von der sie glaubt, daß sie nichts tun wird, um sie zu stürzen? Und kann man, zwischen zwei Stühlen sitzend, irgendeinem Menschen imponieren oder gar das Vertrauen neuer Anhänger gewinnen? Die Taktik des Tolerierens wäre in der jetzigen Zeit deshalb besonders gefährlich, weil sie uns vollkommen abhängig machen müßte von dem, was andere Parteien tun." Scheidemann schließt seinen Artikel dann mit den Worten: „Gleichviel, wie die jetzige Regierungskrise aussehen mag — gewiß ist, daß die Frage der Regierungsbildung in der Partei viel eingehender besprochen werden muß als bisher."

In diesen seinen Ausführungen trifft Scheidemann den Kern der Sache. Die Sozialdemokratie wird tatsächlich, wenn sie sich weiter sträubt, die Verantwortung mit zu übernehmen, zwischen zwei Stühlen sitzen. Denn einmal hat sie die Außenpolitik der Regierung bei der Annahme des Gesetzes von Locarno unterstützt, kann also auch alle die außenpolitischen Entscheidungen der kommenden Regierung, die sich auf der Linie der bisherigen Außenpolitik halten, nicht ablehnen, auf der anderen Seite wird sie aber, was innenpolitische Fragen anlangt, da es für die anderen Parteien unmöglich ist, das Programm der Sozialdemokratie anzunehmen, in die schärfste Opposition gegenüber dieser Regierung treten müssen.

Die Sozialdemokratie wird es sich also sehr wohl überlegen müssen, zu welcher Entscheidung sie kommt. Es ist ja keine Frage, daß die realpolitisch denkenden Führer diesen Zwiespalt von Anfang an auch erkannt haben und deshalb auch für die große Koalition eingetreten sind, während die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, bisher wenigstens, auf das sahen, was ihnen von außen zugeflüstert wurde. Das ist ja auch eine Krankheit unserer Tage, daß die Parteien mehr auf das lauschen, was ihnen von außen zugetragen wird, also sich durch die große Masse führen lassen, als selbst die Massen zu führen.

Deutschland muß möglichst bald aus diesem Dilemma der Regierungskrise heraus, es muß eine starke Hand haben, die den gesamten Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens noch in letzter Stunde verhindert. Die Wirtschaftskrise geht unaufhaltsam weiter, und ihre Folgen machen sich immer bedrohlicher bemerkbar. Wenn der Reichstag und die Parteien in dieser Frage versagen, dann können letzten Endes diejenigen recht behalten, die für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung eintreten, also für eine Diktatur unter Ausschaltung des Parlaments.

In dieser Hinsicht ist die Neujahrsproklamation des Führers des Reichsbürgerrats, ehemaligen preußischen Ministers von Loebell, als eine deutliche Warnung an die Parteien anzusehen. Er fordert offen die Anwendung des Artikels 48, also die Diktatur, und wenn er in dieser Weise das Wort ergreift, so muß man damit rechnen, daß er sich vorher vergewissert hat, daß seine Worte auch verwirklicht werden können. Und er hält ihre Verwirklichung für gewiß in dem Augenblick, da die große Koalition als endgültig gescheitert angesehen werden muß, was ja in weitesten politischen Kreisen schon heute der Fall ist.

Syrien und Frankreich

Scheitern der Verhandlungen.

Paris, 5. Januar. (Drahtbericht, WTB.) Wie ein Telegramm des „Neuyork Herald" meldet, sind die Friedensverhandlungen zwischen den Vertretern der syrischen Aufständischen und dem französischen Oberkommissar gescheitert, weil die Drusenführer sich weigerten, die Waffen abzuliefern. Eine Abordnung hatte vorher im Namen der 200 000 in Syrien und im Libanongebiet befindlichen Armenier dem Oberkommissar ihre Loyalität gegenüber Frankreich versichert.

Die Diktatur in Griechenland

Paris, 5. Januar. (Drahtbericht, WTB.) Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" meldet aus Athen, daß außer dem Artikel 1, der bestimmt, daß Griechenland eine Republik ist, alle übrigen Artikel der Verfassung **aufgehoben worden sind.**

Von der Münchner Verkehrsausstellung

München, 5. Januar. In der gestrigen Schlußsitzung der Deutschen Verkehrsausstellung München 1925 wurde von dem Generalschatzmeister Dr. Hergt mitgeteilt, daß die Ausstellung mit einem Ueberschuß von rund 370 000 Mark abschließe. Aus diesem Ueberschuß erhalte das Deutsche Museum 50 000 Mark, die Stadt München für Verkehrs- und Ausstellungszwecke 30 000 Mark, das Bayrische Handelsministerium zur Förderung des Luftverkehrs 25 000 Mark, die Reichsbahngesellschaft, Gruppenverwaltung München und das Reichspostministerium, Abteilung München ebenfalls je 25 000 Mark zur Unterstützung und Förderung von Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahn- bzw. des Postwesens, das Bayrische Innenministerium 20 000 Mark für Wohltätigkeitszwecke, das Kultusministerium den gleichen Betrag zur Unterstützung des Kunsthandwerkes. Außerdem wurden für Wohltätigkeitszwecke noch 20 000 Mark an die Münchener Wohlfahrts-Zentral-Organisation und der Zeppelin-Eckener-Spende 5000 Mark überwiesen.

Anhaltische Anschlußbestrebungen

Dessau, 5. Januar. Der Anhaltische Landbund, die stärkste wirtschaftliche Organisation Anhalts, beschloß, mit allen Kräften die parlamentarischen und taktischen Vorarbeiten für den Anschluß des Staates an Preußen vorzunehmen, der die einzige Rettung aus den wirtschaftlichen und politischen Nöten der Gegenwart darstelle. Die Regierungsparteien, Sozialdemokraten und Demokraten verhalten sich ablehnend, die übrigen Parteien abwartend.

Lies und empfiehl
die einzige katholische Tageszeitung
im Freistaat Sachsen und Thüringen

Kurze Nachrichten

— **Die ärztlichen Ehrengerichte.** Die „Sächsische Staatszeitung" veröffentlicht die Vorsitzenden der ärztlichen Ehrengerichte auf den Wahlzeitraum 1926 bis mit 1928: A. Für die ärztlichen Ehrenräte: 1. im Regierungsbezirke Bautzen: Dr. med. Kölbing in Bautzen; 2. im Regierungsbezirke Chemnitz: Dr. med. Piltz in Chemnitz, Lange Straße 35; 3. im Regierungsbezirke Dresden: Sanitätsrat Dr. med. O. Kretschmar in Dresden-Neustadt, Albertplatz 8; 4. im Regierungsbezirke Leipzig: Dr. med. Johs. Hartmann in Leipzig, Harkortstr. 7; 5. im Regierungsbezirke Zwickau: Sanitätsrat Dr. med. Voigt in Plauen. B. Für den ärztlichen Ehrengerichtshof: Ministerialrat im Ministerium des Innern Dr. Müller; Stellvertreter: Ministerialrat im Ministerium des Innern Dr. v. Brescius.

× **Ein pflanzengeographischer Fund auf Fehmarn.** Der Hamburger Botaniker Erichsen, der als einer der besten Kenner der Farne Moose und Flechten die Insel Fehmarn durchforschte, hat in einem alten Steinwall bei Bisdorf eine Kristenflechte (lecidea tenebrosa), eine Gebirgsflechtenart, die im norddeutschen Tiefland nicht vorkommt, entdeckt. Der Fund ist pflanzengeographisch von hohem Wert und findet deshalb in botanischen Kreisen außergewöhnlich hohe Beachtung.

* **Ein Kanzlertelegramm an die Reichsbank.** Aus Anlaß des Jubiläums der Reichsbank hat der Reichskanzler an die Reichsbank einen telegraphischen Glückwunsch gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß durch die Entwicklung der jüngsten Zeit die Reichsbank zur verantwortlichen Hüterin der neuen Währung geworden sei und damit eine Stellung im deutschen Wirtschaftsleben einnehme, die zu kraftvoller Führung und weitschauender Voraussicht verpflichte.

* **Fleischpreise vor Gericht.** Die behördliche Kontrolle der Fleischpreise hatte vor einiger Zeit in Frankfurt am Main zu einer erheblichen Anzahl von Beanstandungen geführt. Gegen eine Reihe der in Frage kommenden Fleischermeister wurde Anzeige wegen Preistreiberei bei der Staatsanwaltschaft erstattet, die inzwischen das gerichtliche Verfahren eingeleitet hat. Einer der ersten Angeklagten wurde am 16. Dezember vom Gericht zu 100 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt, weil er das Pfund Schinken zu vier Mark verkauft hatte. Es wäre zu wünschen, daß die Behörden in anderen Städten in ähnlich gelagerten Fällen mit gleicher Energie der Teuerung, vor allem auf den Fleischmärkten, zu Leibe gehen würden.

* **Ausbau Basels zu einem mitteleuropäischen Lufthafen.** Die schweizerischen Luftverkehrskreise planen Basel infolge seiner günstigen geographischen Lage zu einem mitteleuropäischen Lufthafen auszubauen. Im nächsten Jahre soll Basel bereits an acht Fluglinien angeschlossen werden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Zeitweilig Aufklaren, Temperatur etwas abnehmend. Im Flachland bis auf wenige Grade über dem Gefrierpunkt, von mittleren Gebirgslagen an Frost. Abflauende veränderliche Winde. Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Besserung der Witterung nicht von längerem Bestand, voraussichtlich bereits am Mittwochabend erneut Trübung und später auch Niederschläge bei im Flachland über dem Gefrierpunkt liegenden Temperaturen